

Presseinformation

Nr. 11 / 2015

Berlin / Augsburg, 16.06.2015

Unsere Daten sind sicher - so wie die Renten

Es wäre durchaus interessant zu wissen, ob das Bundeskabinett das E-Health-Gesetz am 27.05.2015 so einmütig beschlossen hätte, wenn zu diesem Zeitpunkt bereits die Cyber-Attacke auf das Computernetzwerk des Bundestages stattgefunden hätte. Denn dieser von Politik und Bundestagsbürokratie wie üblich nur scheinbar veröffentlichte IT-Super-Gau zeigt ganz klar: Es gibt auch auf dem Gebiet der Informations-Technologien keine absolute Sicherheit!

Insofern muss auch die vollmundige Aussage von Gesundheitsminister Gröhe zum Beschluss des Bundeskabinetts, Zitat: *„das gemeinsam mit der Bundesdatenschutzbeauftragten und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik ein System entwickelt werden konnte, das bestmöglichen Schutz der höchstpersönlichen Patientendaten bietet.“* in den Bereich der Fabel verwiesen werden.

Die Bürger Initiative Gesundheit e.V. hat bereits am 04.02.2014 (Pressemitteilung 05/2014) auf die immensen Risiken sowie die Vergeudung der unglaublichen Geldmittel zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte hingewiesen, ebenso wie viele andere Organisationen und vor allem auch ärztliche Verbände. Diese kritischen Stimmen aber, wollten Politik, Krankenkassen und vor allem eine umsatzgeile IT-Sparte nicht hören, bis heute nicht!

Noch bei der Verabschiedung des E-Health-Gesetzes am 27.05.2015 wurde in einer Pressemitteilung des BMG skandiert: Zitat: *„Um ein Höchstmaß an Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten, waren die Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) sowie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) von Anfang an einbezogen. Die Sicherheitsanforderungen an die elektronische Gesundheitskarte werden unter Berücksichtigung der Entwicklung der technischen Möglichkeiten kontinuierlich fortgeschrieben.“* Nun können Bürger, Versicherte und Patienten nur hoffen, dass die vorgenannten Akteure nicht auch bei der Implementierung des Computernetzwerkes im Bundestag Pate gestanden haben.

Denn wie die erschreckende Realität zeigt: Nichts ist sicher! Weder die Renten, noch die Daten und letztlich auch nicht die hochsensiblen Gesundheitsdaten der Bürger und Versicherten.

Daran wird auch das soeben verabschiedete IT-Sicherheitsgesetz nichts ändern, zumal der Bereich der Krankenversicherung mit Millionen von sensiblen Daten der Versicherten ausgespart ist. Insofern erinnert das Statement von Bundesinnenminister Thomas de Maizière *„die geplanten Maßnahmen seien ein wichtiger Schritt“*. IT-Sicherheit sei *„ein zentraler Baustein der öffentlichen, der inneren Sicherheit“* erinnert eher an lautes Pfeifen im Wald.

Aus Sicht der Bürger Initiative Gesundheit e.V. muss dieser IT-Super-Gau im Bundestag zu einem Umdenken führen. Die „Basta-Mentalität“ des E-Health-Gesetzes und die völlig überzogenen Pönalisierungen sind unerträglich und zeigen, dass die Politik der „Groko“ ein erschreckendes Ausmaß an Realitätsferne und Beratungsresistenz aufweist.

Die Bürger Initiative Gesundheit e.V. fordert daher:

Unter dem Eindruck der jüngsten Cyber-Attacke müssen der Vollzug des E-Health-Gesetzes ausgesetzt und die für die Datensicherung relevanten Vorschriften erneut kritisch überprüft werden und zwar von unabhängigen Experten! Die Regierungsbürokratie der Bundesämter für Datenschutz und Sicherheit (BfDI und BSI) hat das Vertrauen der Bürger und Versicherten verspielt!

Dr. med. Helmut Müller
Vorstandsmitglied
Bürger Initiative Gesundheit e.V.

(freigegeben zur Veröffentlichung)

Kontakt Pressestelle:
Bürger Initiative Gesundheit e.V.
Beethovenstraße 2
86150 Augsburg
Tel.: 0821 50867960, Fax 0821 50867969
presse@buenger-initiative-gesundheit.de
www.buenger-initiative-gesundheit.de